

# MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM SEPTEMBER 2022



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.



## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zunächst einmal hoffe, dass ihr trotz aller nicht einfachen Umstände schöne Sommermonate verbracht habt. Für mich war es nur teilweise eine ruhigere Sommerpause. Nachrichten über den Krieg in der Ukraine sind leider Alltag geworden. Dieser schreckliche Krieg ist nun schon über ein halbes Jahr alt. Seine politischen Auswirkungen beschäftigen uns permanent, aber auch seine wirtschaftlichen. Weil sich die Probleme rund um die Energieversorgung durch pandemiebedingte Lieferkettenprobleme noch verschärfen, sind wir mit hohen Teuerungsraten für Bürgerinnen und Bürger konfrontiert, die uns als SPD-Bundestagsfraktion besonders beschäftigt haben. Auf viele Fragen, die mich derzeit dazu erreichen, möchte ich euch heute antworten.

# Wie reagieren auf Preisschocks?

Um die richtigen Antworten zu finden, ist es wichtig, die Ursachen für die hohen Teuerungsraten zu kennen: Wir haben es mit Preisschocks zu tun, die auf ein verknapptes Energie- und Vorproduktangebot zurückzuführen sind. Weder drastische Leitzinserhöhungen der EZB noch Ausgabenzurückhaltung des Staates sind in dieser Situation hilfreich, ganz im Gegenteil. Wir müssen vielmehr zwei Dinge hinbekommen, und für diese habe ich mich innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion und auch innerhalb der Regierungsfractionen erfolgreich stark gemacht: Wir werden den Preissteigerungen mit gezielten, zeitnahen Entlastungen begegnen.

Im Sommer veröffentlichte Studien haben verdeutlicht: Gerade kleine und mittlere Einkommen treffen die hohen Energie- und Lebensmittelpreise hart. Direktzahlungen sind der beste Weg, diese Menschen bei der Bewältigung der Hohen Preise zu unterstützen, denn rund 90 Prozent der Bevölkerung profitieren mehr von einer Direktzahlung als von einer Steuersenkung.

## Direktzahlungen für Menschen mit kleinen & mittleren Einkommen

Rentner:innen, Studierende, Familien, Auszubildende, Arbeitslose und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sind oft besonders betroffen von den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen. Sie wollen wir **mit zielgenauen Direktzahlungen unterstützen.**

Finanzminister Lindner hatte zunächst nur vor, der Krise mit Steuersenkungen zu begegnen. Ich habe auch öffentlich verdeutlicht: Veränderungen im Einkommenssteuertarif zum Abbau der Kalten Progression kommen am stärksten den Topverdienern zugute. Wir werden auch steuerliche Erleichterungen vornehmen, aber wir sozialdemokratischen Finanzpolitiker und auch der Bundeskanzler werden darauf achten, dass dabei die soziale Balance stimmt.

*Wir werden die Krise nur gemeinsam und solidarisch meistern.*

Zum anderen werden wir mit dem raschen Ausbau der Erneuerbaren Energien (mittelfristig) und mit Eingriffen in den Energiemarkt (kurzfristig) dafür sorgen, dass die Preise für Strom und möglichst auch für weitere Energieträger wieder sinken und damit auch die hohen Teuerungsraten gedämpft werden.

Weiterführende Links:

Tagesschau.de

<https://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio-142685.html>

Interview im RBB Inforadio

<https://www.inforadio.de/rubriken/interviews/2022/08/11/steuerplaene-von-fdp-finanzminister-lindner-kritik-an-geplanten-entlastungen-michael-schrodi-spd.html>

# Kurzfristige Entlastungen

Die sitzungsfreien Sommerwochen wurden dazu genutzt, das **dritte Entlastungspaket** auf den Weg zu bringen.

Nachdem die beiden vorigen Pakete ein Volumen von rund 30 Milliarden Euro aufwiesen (darunter die 300 Euro-Energiepreispauschale, Einmalzahlungen und Kinderbonus über jeweils 100 Euro, Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags und des Steuerfreibetrags u.v.m.) ist das dritte Paket das umfangreichste: **Die Entlastungen belaufen sich auf 65 Milliarden Euro!** Diesmal kommt auch Rentnerinnen und Rentnern eine zu versteuernde Pauschale von 300 Euro zugute; das Kindergeld wird erhöht, Geringverdiener werden entlastet, eine Strompreisbremse wird eingeführt, die Übergewinnsteuer wird konkretisiert. Das hilft Bürgerinnen und Bürgern.

Dies sind alles keine Maßnahmen, die man mal eben so aus dem Hut zaubern kann. **Sie müssen möglichst schnell und zielgenau die Menschen erreichen.** Dabei muss man gerade in Krisenzeiten auch neue Wege gehen.

## Deutschland steht zusammen.

### Das ist drin im dritten Entlastungspaket:

- **Strompreisbremse** deckelt den Preis für den Grundbedarf.
- 300 Euro Energiepreispauschale für **Rentner:innen**, 200 Euro für **Studierende und Fachschüler:innen**.
- Einkommensteuer-Entlastung für **kleine und mittlere Einkommen**.
- **Kindergeld und Kinderzuschlag** steigen
- **Große Wohngeldreform:** kurzfristig erneuter Heizkostenzuschuss, dauerhaft mehr Berechtigte
- 1,5 Milliarden für günstige und bundesweit gültige **Nachfolge für das 9-Euro-Ticket**
- Wo Gewerkschaften und Arbeitgeber **Einmalzahlungen** vereinbaren, sind diese bis 3000 Euro **steuer- und abgabenfrei**
- **Verbesserter Schutz für Mieter:innen**, die ihre Betriebskosten nicht sofort zahlen können, Verhinderung von Strom- und Gassperren

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Zu Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sprach unser Bundeskanzler Olaf Scholz von einer „Zeitenwende“. Diese Zeitenwende, davon bin ich überzeugt, muss auch im Bereich der Finanzpolitik erfolgen, national wie international. Mit der nationalen Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung für Unternehmen sorgen wir für mehr Steuergerechtigkeit.

*Wir müssen offen bleiben für neue Politikansätze.*

Und noch vor einigen Wochen haben sich konservative Ökonomen und auch der Bundesfinanzminister gegen Forderungen aus der SPD gewehrt, so genannte "Windfall-Profits", also leistungslose, krisenbedingte Unternehmensgewinne zu besteuern und damit Unterstützungszahlungen zu finanzieren. Wir machen das jetzt, auch wenn das Ganze jetzt nicht Übergewinnsteuer heißen darf, sondern gesichtswahrend "Abschöpfung von Zufallsgewinnen".

# Langfristige Entlastungen

Trotz aller Widrigkeiten halten wir auch unsere Versprechungen ein, die wir mit dem Koalitionsvertrag eingegangen sind: So kommt am 1. Oktober das „Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ zum Abschluss – mit anderen Worten: **Der gesetzliche Mindestlohn steigt auf 12 Euro** (brutto) pro Stunde.

Die Anhebung betrifft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Was dabei manchmal vergessen wird: Die Geringfügigkeitsgrenze verschiebt sich durch die Neuregelung ebenfalls. So können ab dem 1. Oktober Beschäftigungsverhältnisse mit einem regelmäßigen monatlichen Arbeitsentgelt von bis zu 520 Euro als „Minijob“ abgerechnet werden, und nicht, wie bisher, bis 450 Euro.



Ab dem 1. Januar 2023 folgt das **Bürgergeld**. Hartz IV wird damit Geschichte. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine simple Auszahlung, wie der Name suggerieren könnte, sondern um ein insgesamt gerechteres, durchdachteres Konzept, das eine bessere soziale Absicherung gewährleisten soll, mithilfe von mehr Planungssicherheit für die Menschen, sowie mit mehr Menschlichkeit und weniger Bürokratie. Ganz ehrlich, nach all den Vorkommnissen der vergangenen zwölf Monate fühlen sich die Koalitionsverhandlungen wahnsinnig weit entfernt an. Doch es ist wichtig, sich immer wieder daran zu erinnern, was wir damals auf den Weg gebracht haben und nun umsetzen. Was genau sich verändert, findet ihr im folgen Vorwärts-Artikel:

[www.vorwaerts.de/artikel/buergergeld-groesste-sozialpolitische-reform-letzten-20-jahre](http://www.vorwaerts.de/artikel/buergergeld-groesste-sozialpolitische-reform-letzten-20-jahre)



# Unmenschliche Abschiebung

Viel zu still wurde es während der Sommerferien um die nigerianische Familie E., die im vergangenen Juli aus Karlsfeld abgeschoben wurde. Das Dachauer Landratsamt hat in der jüngeren Vergangenheit des Öfteren mit spektakulären Abschiebungen auf sich aufmerksam gemacht, doch diesmal war die Empörung besonders groß. Das habe ich auf einer gut besuchten Demonstration in einem Redebeitrag auch verdeutlicht. Trotz Aufforderung meiner Bundestagskollegin Carmen Wegge und mir haben weder der zuständige Dachauer Landrat Stefan Löwl noch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann bislang auf unseren Brief geantwortet.

Die Abschiebung einer fünfköpfigen Familie mit einem chronisch kranken Vater, einem behinderten Kind und einer Mutter mit Verdacht auf eine Krebserkrankung ist schlicht unmenschlich.

*Landräte tragen  
Verantwortung – sie haben  
Handlungsspielräume, die  
sie zugunsten der  
Menschlichkeit nutzen  
sollten!*

Anstatt die Verantwortung für die eigenen Handlungen zu übernehmen, will Landrat Löwl den Schwarzen Peter der Bundesregierung zuschieben. Das ist so falsch wie perfide: Landrat Löwl und seine Behörde haben selbst die Voraussetzung für die Abschiebung geschaffen.

# Das neue Chancen- Aufenthaltsgesetz kommt!

Und mittlerweile liegt der Gesetzentwurf für ein neues Chancen-Aufenthaltsgesetz vor. Doch unsere Aufforderung, bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens die Abschiebung der Menschen auszusetzen, die unter das neue Gesetz fallen könnten, so wie es mehrere andere Bundesländer seitdem getan haben, wurde in Bayern und Dachau ignoriert. Dachau wurde so der einzige Landkreis in unserer Region, der dieses Jahr Kinder abgeschoben hat. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass diese gut integrierte Familie in ihre neue Heimat Karlsfeld zurückkehren kann. Und es macht mir Mut, dass sich meinem Aufruf, die Kosten für die mögliche Rückreise mitzutragen, auch schon der eine oder andere angeschlossen hat.



## Mit viel Energie in die Klimadebatte

Es gibt eine gute Nachricht aus dem Wahlkreis, die sich auch positiv in der Klimadebatte auszahlen wird. In Sachen Windkraft hat sich die Beharrlichkeit gelohnt. Die Bundeswehr hat nun für den Militärflughafen Lager Lechfeld die Mindestflughöhe angehoben.

Diese hatte bisher den wirtschaftlichen Betrieb eines Windrades in Jesenwang unmöglich gemacht, jetzt aber steht ihm diesbezüglich nichts mehr im Wege. Vorausgegangen waren zahlreiche Gespräche und Briefe, regelmäßig war ich mit den in der letzten Legislaturperiode zuständigen CSU-Ministern wie auch Fachpolitikern der SPD-Fraktion wegen der Flughöhen im Austausch. Mit der neuen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht kam nun die Wende: Auf ihre Veranlassung hin wurde die Mindestflughöhe ganz unbürokratisch verändert. Deshalb freue ich mich sehr, dass sich dieses Engagement jetzt direkt vor Ort auszahlen wird. **Der Wahlkreis kann seinen Beitrag zur Energiewende leisten.**

Und eines ist auch klarzustellen: Atomkraft ist weder kurz-, mittel- oder langfristig eine Alternative für mögliche Energieengpässe. CDU/CSU wie auch FDP aber sehen die Stunde gekommen, erneut den Ausstieg aus dem Ausstieg zu vollziehen. Für den Wärmesektor bringt das gar nichts, und der Strombedarf wird nur zu 6 Prozent aus Atomenergie bestritten. In Frankreich zeigt sich zudem aktuell, dass Atomstrom keine Versorgungssicherheit bietet: 50 Prozent der Atommeiler mussten vom Netz gehen. Frankreich ist Stromimporteure. Und nicht zu vergessen: Atomstrom ist unter Einbeziehung aller Kosten die teuerste Erzeugervariante.

Die Bundesregierung wird alles Notwendige tun, kurzfristig die Energiesicherheit zu gewährleisten sowie weitaus schneller den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben.

# TERMINE



Am Samstag, den 17. September steht ein ganz besonderer Termin an: Der älteste politische Ortsverband der Gemeinde Eichenau, die SPD Eichenau, wird

## 100 Jahre!

Ich gratuliere schon an dieser Stelle heute zu diesem besonderen Jubiläum und wünsche dem Ortsverein weiterhin viel Energie, gute Ideen und Glück!

Gefeiert wird in der Friesenhalle ab 19 Uhr - gemeinsam mit der BayernSPD-Vorsitzenden Ronja Endres und den Wellküren. Ich freu mich schon darauf.

---

Herzlich möchte ich euch auch jetzt schon einladen zu einem neuen

### BERICHT AUS BERLIN

am Donnerstag, den 26. Oktober um 19 Uhr.

Die Einladung richtet sich an alle SPDlerinnen und SPDler im Wahlkreis Fürstenfeldbruck und Dachau und im Betreuungswahlkreis München Land.

Themen gibt es mehr als genug. Bitte haltet euch den Termin frei. Eine gesonderte Einladung mit dem Veranstaltungsort schicke ich euch rechtzeitig.

Freundschaftliche Grüße,

Michael Schrodi, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,  
Telefon: 08142 5010589 Mail: michael.schrodi.wk@bundestag.de



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.